

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Vollmer, Meneses Vogl, Such
und der Fraktion DIE GRÜNEN/Bündnis 90**
— Drucksache 11/8406 —

Übersiedlerzahlen seit dem 1. Juli 1990

Vorbemerkung

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Aufhebung des Aufnahmegesetzes vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1142) am 1. Juli 1990 wurde das Aufnahmeverfahren für Übersiedler aus der DDR mit Ablauf des ersten Halbjahres 1990 beendet. Bis Ende Juni sind im laufenden Jahr insgesamt 238 384 Übersiedler statistisch erfaßt worden.

Für die Zeit ab dem 1. Juli 1990 können noch keine endgültigen Zahlen der Zu- und Fortzüge von Bewohnern der fünf neuen Bundesländer einschließlich des ehemaligen Berlin (Ost) in die elf alten Bundesländer genannt werden, sondern nur das Ergebnis von Auszählungen des Zentralen Einwohnerregisters der ehemaligen DDR.

Die Beschleunigung des Prozesses der deutschen Einigung wurde von Bundeskanzler Helmut Kohl und der Bundesregierung mit den hohen Zahlen von Übersiedlern aus der damaligen DDR begründet. Seit der Währungsunion aber sind die Übersiedlerzahlen aus den Schlagzeilen verschwunden. Das Übersiedeln selbst geht derweil weiter. Gemäß den Recherchen der „Neuen Westfälischen Zeitung“ ist von einem Anstieg der Zahlen auf über 100 000 seit dem 1. Juli 1990 auszugehen.

DIE GRÜNEN/Bündnis 90 haben seinerzeit gegen das hohe Vereinigungstempo eingewandt, daß die formelle Einheit bei fortgesetzter sozialer Spaltung den Übersiedlerstrom nicht stoppen kann. Diese Einschätzung sehen wir dann als bestätigt an, wenn die Übersiedlerzahlen die genannte Höhe haben. (Nach dem Beitritt der Länder der ehemali-

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministers des Innern vom 13. Dezember 1990 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

gen DDR am 3. Oktober 1990 kann im strengen Sinne nicht mehr von „Übersiedlern“ gesprochen werden. Wir bezeichnen die betreffende Personengruppe darum hier als „Umsiedler“).

1. Treffen Presseberichte zu, nach denen seit dem 1. Juli 1990 mehr als 100 000 Menschen aus der ehemaligen DDR nach Westdeutschland übersiedelt sind?

Nach den Auszählungen des Zentralen Einwohnerregisters (Stand: 15. November 1990) hat sich die Zahl der Abmeldungen aus den fünf neuen Bundesländern einschließlich Berlin (Ost) in die elf alten Bundesländer von Juli bis September dieses Jahres wie folgt entwickelt:

Juli	24 438
August	21 798
September	15 938

Die genannten Zahlen sind vorläufig. Sie können sich u. U. durch nachträglich beim Zentralen Einwohnerregister eingehende An- und Abmeldungen noch ändern.

2. Ist es richtig, daß das Bundesamt für Statistik keinen Überblick über die Übersiedlerzahlen hat, oder hat es diese Zahlen, ist aber nicht bereit, diese zu veröffentlichen?

Dem Statistischen Bundesamt stehen zur Zeit ebenfalls nur die vorstehend genannten Zahlen zur Verfügung.

Genauere statistische Ergebnisse werden erst nach Durchführung der in § 4 des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 308) für alle sechzehn Bundesländer angeordneten Wanderungsstatistik bereitgestellt werden können.

Wegen des erheblichen Arbeitsaufwandes, der mit der Durchführung dieser Statistik in den sechzehn Bundesländern verbunden ist, werden die Ergebnisse für 1990 voraussichtlich erst Ende nächsten Jahres zur Verfügung stehen.

3. Ist die Bundesregierung in der Lage, die Übersiedlerzahlen seit dem 1. Juli 1990 nach ihrer monatlichen Verteilung aufzuschlüsseln?
Wenn ja, wie hoch sind die betreffenden Zahlen?

Hierzu wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

4. Hält die Bundesregierung angesichts der Entwicklung der Übersiedlerstatistik seit dem 1. Juli dieses Jahres an ihrer Auffassung fest, eine schnelle Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sei die geeignete Maßnahme, um den Übersiedlerstrom zu stoppen?

Die Bundesregierung hält an ihrer Auffassung fest, daß die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion als erster Schritt auf dem Weg zur deutschen Einheit die geeignete Maßnahme war, um die Lebensbedingungen der Menschen in der ehemaligen DDR möglichst bald zu verbessern.

5. Rechtfertigt nach Ansicht der Bundesregierung das Ausmaß der Einsparungen durch möglicherweise verringerte Übersiedlerzahlen die durch die von der Bundesregierung betriebene Beschleunigung des Einigungsprozesses entstandenen Mehrkosten der Einheit?

Das Tempo des Einigungsprozesses ist von den Menschen in der ehemaligen DDR bestimmt worden, die nach vierzig Jahren sozialistischer Diktatur so rasch wie möglich die Teilung überwinden und in Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit leben wollten. Ein Festhalten an der sozialistischen Kommandowirtschaft hätte im übrigen letztlich zu weit höheren Belastungen für die Menschen in den neuen Bundesländern und für die öffentlichen Haushalte geführt als der rasche Übergang zur sozialen Marktwirtschaft.

6. Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen den steigenden Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und dem anhaltenden Über- bzw. Umsiedlerstrom?

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt ist einer von mehreren Faktoren, die innerstaatliche Wanderungen beeinflussen können.

7. Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um die Zahl der Über- bzw. Umsiedler zu senken?

Es ist erklärtes Ziel der Bundesregierung, möglichst bald gleichwertige Lebensbedingungen im gesamten Bundesgebiet zu erreichen. Dafür sind mit dem Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18. Mai 1990 und mit dem Einigungsvertrag vom 31. August 1990 die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen worden. Die Bundesregierung sieht es als ihre vorrangige Aufgabe an, für die rasche Umsetzung der Verträge zu sorgen. Sie unterstützt umfassend den Aufbau in den neuen Bundesländern sowohl im privatwirtschaftlichen als auch im öffentlichen Bereich.

